

Bourgeoisie — oder ist sie nur ein neues massenverwertendes Arbeitsverhältnis?

Die von der KPD-Kapellen verstärkte Parolenkampagne von der „Mobilisierung zum außerparlamentarischen Kampf“ versetzt natürlich große Massen des Proletariats in den Glauben, daß die KPD-Führer doch aus ganz anderem Holze geschnitten sind als die verkäuflichen SPD-Bonzen. Wer jedoch den Kurs der KPD, nicht oberflächlich beurteilt, der sieht mit Leichtigkeit, daß es sich hier nur um einen neuen Schachzug der reformistischen Moskauer Einheitsfrontpolitik handelt. Denn was ist unter dem von KPD geforderten „außerparlamentarischen Kampf“ überhaupt zu verstehen? Die Leninisten-Presse verzecht schon seit vielen Wochen als einen ungeheuren Fortschritt auf dem Wege der Bildung einer proletarischen Kampffront, wenn in irgendwelchen Gemeinden und Städten „Einheitskomitees“ von SPD-, ADGB- und KPD-Organisationen gegründet werden. Auf diese Weise will die KPD, die noch sabotierenden sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Instanzen zwingen, sich eben mit an die Spitze des „außerparlamentarischen Kampfes“ zu stellen. Hier aber ist das riesigen Loch, welches die leninistische Rechtschicht in einem solchen Falle zu verstopfen muß, keine bloße Agitationsphrase wäre, so muß diese Methode zur Erlangung eines Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie trotzdem einleuchtend sein. Denn ein proletarischer Machtkampf, der anstelle der bürgerlichen parlamentarischen Kampffront, der an die Spitze des „außerparlamentarischen Kampfes“ zu stellen, hier aber ist das riesigen Loch, welches die leninistische Rechtschicht in einem solchen Falle zu verstopfen muß, keine bloße Agitationsphrase wäre, so muß diese Methode zur Erlangung eines Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie trotzdem einleuchtend sein. Denn ein proletarischer Machtkampf, der anstelle der bürgerlichen parlamentarischen Kampffront, der an die Spitze des „außerparlamentarischen Kampfes“ zu stellen, hier aber ist das riesigen Loch, welches die leninistische Rechtschicht in einem solchen Falle zu verstopfen muß, keine bloße Agitationsphrase wäre, so muß diese Methode zur Erlangung eines Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie trotzdem einleuchtend sein.

Politische Rundschau

Die Elternratswahlen
Nunmehr liegt das endgültige Ergebnis der Groß-Berliner Elternratswahlen vor. Es erheben sich die christlich-politische Liste 3919 Stimmen die SPD-Liste „Schulaufbau“ 1145 die KPD-Liste „Licht und Not“ 353 Die unter verschiedenen Namen auftretenden Listen, hinter denen Führer des Berliner Lehrerverbandes standen, erzielten zusammen 16 Sitze. Zu den Sitzen der Liste „Schulaufbau“ und „Kind in Not“ sind noch 300 Sitze in den „weltlichen“ Schulen zu rechnen.

Über das Ergebnis der Elternratswahlen an den höheren und mittleren Schulen kann vorläufig nur ein Teilergebnis gemeldet werden. Von den 294 höheren und mittleren Schulen haben bisher 111 gemeldet. Auf die paritätischen Einheitslisten, die im allgemeinen keine ausgesprochen „sozialistischen“ Vertreter aufweisen, wurden 543 Kandidaten gewählt. Die christlich-politische Liste errang 671 Sitze, die SPD-Liste 244 Sitze, die KPD-Liste 64 Sitze, die damals eine vereinigte „sozialistische“ Liste aufstellten, ein Drittel ihrer Sitze von 1920 verloren. Im Jahre 1922 blieben den beiden Parteien von den im Jahre 1922 gewählten 250 Sitzen noch 1080 Sitze, so daß die KPD, die damals eine vereinigte „sozialistische“ Liste aufstellten, ein Drittel ihrer Sitze von 1920 verloren. Im Jahre 1922 blieben den beiden Parteien von den im Jahre 1922 gewählten 250 Sitzen noch 1080 Sitze, so daß die KPD, die damals eine vereinigte „sozialistische“ Liste aufstellten, ein Drittel ihrer Sitze von 1920 verloren.

V. Lütow Irdischprediger
Eine der vorzüglichsten Stützen der Hindenburg-Republik auf pädagogischem Gebiet bleibt der deutsche Jugend erhalten. Herr Dr. Freiherr von Lütow, akademischer Lehrer, monarchistischer, ist Irdischprediger, selbstverständlich, wie wir dies erwarten und voraussetzen. Die 75 Fälle von Verbrechen gegen die Sittlichkeit, eine Menze von schweren Körperverletzungen sind fast 4 Monate ein vorzügliches Zuchtmaterial für die Sensationspresse, Monate und Zeitvertrieb für mehr als hundert Richter, Zeugen, Sachverständige, und Anschauungsunterricht für Proletariat. Die Geringfügigkeiten seien wohl objektiv erfüllt, aber Herr von Lütow, Doktor, Junker, akademischer Lehrer, Staatsrat, den geschiedenen Schanden angehörend, habe nicht die wünschenswerte Absicht gehabt (!!), entschieden die Salomone der Demokratischen Republik, und zu den Körperverletzungen seien nur „dünne Rohrstöckchen“ und „leuchtende Stöckchen“ verwendet. Der Herr Baron soll Studieren werden wie wir hören. — Wir schlagen ihn vor als Kultusminister.

Die Verhandlungen in Berlin

Herr Grzesinski, der Volksentscheid-Verbindete der KPD, hatte am Dienstag, den 8. Juni, 10 KPD-Funktionäre festnehmen lassen. Fünf davon wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt und in Haft behalten. Die „Rote Fahne“, der zur Stärkung der Illusionen dieses Mittel recht ist, die KPD, die damals eine vereinigte „sozialistische“ Liste aufstellten, ein Drittel ihrer Sitze von 1920 verloren. Im Jahre 1922 blieben den beiden Parteien von den im Jahre 1922 gewählten 250 Sitzen noch 1080 Sitze, so daß die KPD, die damals eine vereinigte „sozialistische“ Liste aufstellten, ein Drittel ihrer Sitze von 1920 verloren.

Die russische Mysterien

Der „Vorwärts“ vom Dienstag, den 8. Juni (Morgenanzgabe) bringt zu den Methoden der russischen Handelsvertretung die Zuschrift eines Angestellten derselben, in welcher das wahre Gesicht der russischen Ausbeutung mit seinen Ausbeutungsmethoden ins helle Licht gerückt wird. Wir lassen den Artikel hier folgen:
„Gilt und Galle wie die „Rote Fahne“ über den Artikel des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 16. Mai, in dem in die Züge der Berliner Handelsvertretung der UdSSR, hineingezeichnet wurde. Die Dinge an sich waren noch zu golden geschleiert und vieles muß noch ergänzt werden.
Zur Frage der Überstunden liegen bestimmte Beweise dafür vor, daß die Handelsvertretung als Überstundenbesitzer in der Wortes-wahrheit Bedeutung bezeichnet werden kann. So berichtete in der Delegiertenversammlung vom 13. April 1926 der Vorsitzende des russischen Betriebsrats, Sikomiroff, daß in einer Abteilung (Buchhalter) noch dauernd Überstunden gemacht werden.
In 8 Monaten wurden 20 000 Überstunden geleistet, davon allein im Januar 3676. (Bericht des Vorsitzenden der Arbeiterschutzkommission.) Daneben nahmen noch viele Mitarbeiter Arbeit mit nach Hause!
Von vielen nur ein Beispiel: In einer Sitzung berichtete der Delegierte der Handwerker, daß die Abteilungsleitung zu Ostern von den Tischlern Überstunden in größerem Maßstabe verlangt hätte. Es handelte sich dabei um die Einrichtung eines Kinderheims. Während die übrigen Angestellten der Handelsvertretung vom 1. April bis zum 6. April frei hatten, mußten die Tischler am Karfreitag (2. April) und am Sonntag (3. April) weit über die übliche Zeit hinaus arbeiten. Als dann die Tischler von ihnen noch verlangte Bohrerarbeiten abnehmen ließ, es wurde ihnen gesagt, daß sie sich um die Bohrerarbeiten kümmern sollten. Also Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft bis zum Weißbluten. Arbeiter, die bei der Arbeit nicht rennen, werden von den Moskauer Bonzen als faul bezeichnet. Eine besondere „Blüte“ ist der neue Leiter der Wirtschaftsbildung, Gruzinski, sprechen aus Moskau importiert. Mit 1155 Mark Monatsgehalt und gleichzeitiger Beschäftigung seiner Frau im Betriebe der Handelsvertretung mit 600 Mark Gehalt, spricht dieser Kommunist davon, daß man den deutschen Genossen Abzüge machen müsse.
den 4. pro Woche sei für diese ansprechend.
Das Delegiertenrat in der Handelsvertretung ist nur eine Farce, und nicht mit dem Vertrauensmännersystem in Privatbetrieben zu vergleichen. Klassenbewußtsein und Solidarität sind in jeder eifrigen Kampf zum aller Ehren würdig. Das ist die hohe Politik eines Delegierten in der Handelsvertretung einzunehmen will.
Am 18. Herbst 1925 eine starke Mißstimmung gegen den bisherigen alten Betriebsrat setzte, und die Demission des bisherigen Betriebsrates allgemein gefordert wurde, weigerte dieser sich

Politische Rundschau

Politische Rundschau
In einem Prozeß gegen den Kriminaloberwachmeister Langmaack und die Kriminalbeamten Seifert, Schmidt und Lehmann, die sich durch Einbrüche größerer Mengen Kokain, Heroin und Morphium, insgesamt 75 Kilogramm, verschafft hatten und damit einen schwindehaften Handel betrieben, erhielt Langmaack, der sich selbst als Führer bei den Verhaftungen bezeichnete, vier Jahre Zuchthaus und acht Jahre Ehrverlust. Seifert, zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust; Schmidt und Lehmann als Helfer sowie fünf weitere Beteteiligte Gefängnisstrafen von sechs Monaten bis zu zweieinhalb Jahren. Die Polizei hat den Zweck, an ihren Ketten rüttelnde Proletarier niederzumachen, wobei es auf einige Leben mehr oder weniger und auf Beinhauen dafür gar nicht ankommt. Verbrechen wie dieses selbst gegen die bürgerliche Eigentum, werden sie ebenso behandelt wie jeder andere.

Proletariertrauen und Kirche

Über dieses Thema referierte am Dienstag, den 8. Juni in Schöneberg in einer Versammlung von „Roten Frauen- und Mädchenbund“ Dr. Rabenau, Pfarrer an der Apostel Paulus-Kirche. Allerdings muß gesagt werden, daß der RFMB, nicht einen Pfaffen holte aus Manzel an Referenten oder religiösen Begrüßungen, sondern diese immerhin eigenartige Tatsache hatte ihre Vorgeschichte. Unseres Erachtens hatte die Apostel Paulus-Kirche Glocken bekommen. Tagelang fand nun eine Massenversammlung bei den Glocken statt. Es wurde teilweise sehr heftig diskutiert über die ungeliebten Ausgaben für Glocken während Tausende in der herrschenden Klasse und unter der Arbeiterklasse, die in diese Diskussion hatte sich auch der Pfarrer Dr. Rabenau gemischt um seine Schäflein zu beruhigen. Es entspann sich nun erst recht eine rege Aussprache, da Mitglieder des RFMB unter den Massen waren, die schließlich den Pfaffen ersuchten zu ihnen in eine Versammlung zu kommen und sogar zu referieren. Der Herr Pfarrer sagte zu und kam auch. Er sagte nichts Grundsätzliches über bigotes Thema sondern gab zu, über Wirtschaft, Politik und sonstige soziale Dinge nicht orientiert zu sein. Als Ausweg schlug er vor — Verständnis mit der herrschenden Klasse und man solle mehr Liebe und Gerechtigkeit walten lassen. Die offizielle Referent behandelte ihn sehr schonend. Eine Genossin der KAP, griff ihn und das System scharf an und zeigte die tiefe Kluft die beide Klassen trennen. In der Berliner Arbeiterkammer mußte sich der Pfaffe manche derbe Wahrheiten von den Frauen sagen lassen. — Zwar sagte eine Frau, daß sie zwar an Gott glaube, aber deshalb brauche man nicht in die Kirche zu gehen um zu beten, daß könne man auch zuhause tun. Unseres Erachtens ist der RFMB, ein seichtes Sammelbecken für indifferenten Frauen und Mädchen, die sich blicken lassen von Musik und allerlei Tamtam. Es bleibt sich auch letztendlich gleich ob man den reaktionären Pfaffen Rabenau anhört, oder Pfarrer Bleier oder Frank. Die beiden letzten sollen republikanisch und für die Fürstenerziehung sein. Für uns gilt: Beiden der Kampf.

Der Sozialismus in Oesterreich

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Abendausgabe vom 5. Juni folgende interessante Meldung aus Wien:
Wien, 4. Juni. Die österreichische Gewerkschaftskommission hat sich am Freitag mit dem Ullmann beschäftigt, das die Wiener städtischen Angestellten an die sozialistische Gewerkschaftsverfassung gerichtet haben und die von der Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bei der Gewerkschaftskommission annehmen wollten. Sie erklärte sich jedoch bereit, einen Ausschuss mit dem Auftrage zu betrauen, zwischen der Gewerkschaft und dem Verband zu verhandeln und Verhandlungen zwischen den beiden herbeizuführen. Sie machte dabei allerdings zur Voraussetzung, daß während der Verhandlungen auf beiden Seiten alle Kampfmaßnahmen unterlassen werden, daß vor allem jede Propaganda sowie die Unruhebewegung der Angestellten über einen Streik unterbleibe. Man wissen wir wenigstens, worin der Vorteil für die Arbeiter besteht, wenn sie einen „roten Magistrat“ haben. Sie dürfen dann vor lauter Hunderspekt mit dem Hute in der Hand warten, bis ihre Bonzen, die im roten Magistrat sitzen,

Die KPD für Hindenburg und Seydewitz

Das in Hannover erscheinende Mitteilungsblatt der KPD, Opposition (Linke KPD) Nr. 12 vom 5. Juni bringt unter der Überschrift „Sumpfböden“ einen Artikel über die Politik der KPD im Reichstag und über ihre Doppelzügeligkeit. Seiner zuten Sachkenntnis und des Quellenmaterials wegen geben wir hier den Artikel wieder:
„Die kommunistische Reichstagsfraktion ist wegen ihrer Sumpfbödenheit beim Mißtrauensantrag gegen Kütz gerügt worden. Es hat aber nichts geholfen. Sie hat Anträge eingebracht, im Haushalt des Polizeiministers Gelder für neue Polizeichefs einzusetzen, 60% Millionen dem Haushalt für die Kriegslasten zu bewilligen und Hindenburg eine Gehaltserhöhung vor 10 Prozent zu geben. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß sie den letzten Antrag offiziell durch einen anderen ersetzen, in dem die Gehaltserhöhung für Hindenburg fehlt. Auch das hat nichts geholfen. Sie hielt Reden, die sich in nichts von denen der SPD, und der bürgerlichen unterschieden. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß das Polbüro der KPD, hat sogar besondere Überwachung der Parlamentsreden angeordnet. Aber auch das hat natürlich nichts geholfen.“

Die Komintern revidiert sich

Ein durchsichtiges Betrugsmanöver.
Wie vom Himmel gefallen erschien plötzlich in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni ein Artikel, vom General der Roten Frontkämpfer, Ernst Thälmann gezeichnet, unter der Anschrift: „Über die Taktik der KP. Polens.“ Derselbe Artikel erschien zum erstenmal schon am 30. Mai in der Moskauer „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in welcher Eigenschaft, als Person oder als Strohmännchen der Komintern Ernst Thälmann auftritt, ist aus dem angeführten Artikel nicht zu ersehen. Doch die Tatsache, daß der Artikel sowohl in dem offiziellen Zentralorgan der RKP, als auch in dem offiziellen Zentralorgan der KPD, erschienen und dabei eine redaktionelle Bemerkung, daß der Artikel Thälmanns ein eingedankter Diskussionsartikel ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß die in dem Artikel des Vorsitzenden des RFB, eingetragene kritische Haltung bezüglich der Einstellung der KP. Polens während der letzten Meierereise in Polen einen offiziellen Kominterncharakter trägt. Aus dieser Erwägung sind wir gezwungen, diesen Artikel über die Taktik der KP. Polens einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Denn es ist tatsächlich etwas Ungewöhnliches, daß jetzt die Komintern gegen eine Sektion auftritt, die seit der letzten Erklärung eine getreue Stalinslinie in ihrer gesamten bisherigen Politik aufgezeigt hat. Zweitens, was in diesem Falle besonders auffallend ist, daß die Komintern erst am 30. Mai öffentlich Stellung gegen die bisherige taktische Haltung der KP. Polens während des Staatsreiches genommen hat. Aber noch mehr muß einen Kenner der polnischen Verhältnisse diese überraschende Schwankung der Komintern, wahlgeheim aber nun gegenüber einer einzigen Sektion, stutzig machen, daß doch schon im April ein das Zentralkomitee der KP. Polens zu den todben Hinterkullens-kämpfen zwischen dem Rechts- und Linksblock, die Einstellung der KP. Polens festgelegt hat. Und in den Thesen des Zentralkomitees der KP. Polens wird eben als Hauptgedanke ausgesprochen, man müsse auf die Führer des Linksblocks, auf die Pilsudskiliste seitens der Masse Druck ausüben lassen, um dadurch die Führer zu zwingen, eine Politik im „Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen“ durchzuführen. Eine Einstellung, die in allen Sektionen der Komintern gegenüber; Bewegungen der reformistischen Arbeitermassen und des Kleinbürgerturns und gab es nicht. Die Komintern sich reflexiv spät überlegt hat, gegenüber der angeblich „antibolschewistischen“ Taktik der KP. Polens Einspruch zu erheben, läßt schon zur Genüge erkennen, daß hier kein reines Spiel getrieben wird. Denn innerhalb muß mindestens von einer zentralen Leitung, das Exekutivkomitee der Komintern, die den Anspruch, die Vertreter der echt bolschewistischen Linie zu sein, erhebt, zu erwarten sein, daß sie die Zentralkomitee der entsprechenden Sektionen zur Genüge über die einzig richtige bolschewistische Linie belehrt. Und insbesondere bei einer solchen ernstesten Situation wie sie infolge des Staatsreiches Pilsudskis entstand. „Soll diese Tatsache des Versagens der Exekutive der Komintern, die über genügend Zeit zum Nachdenken verfügen, um die seit Anfang April feststehende Linie der KP. Polens zu korrigieren, festsetzen, so kann man sich ein Bild ausmachen, auf welches Niveau jetzt die 3. Internationale gesunken ist. Es ist dies auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Prinzipienlosigkeit und Aushungstendenzen der 3. Internationale.“

Die KPD für Hindenburg und Seydewitz

Das in Hannover erscheinende Mitteilungsblatt der KPD, Opposition (Linke KPD) Nr. 12 vom 5. Juni bringt unter der Überschrift „Sumpfböden“ einen Artikel über die Politik der KPD im Reichstag und über ihre Doppelzügeligkeit. Seiner zuten Sachkenntnis und des Quellenmaterials wegen geben wir hier den Artikel wieder:
„Die kommunistische Reichstagsfraktion ist wegen ihrer Sumpfbödenheit beim Mißtrauensantrag gegen Kütz gerügt worden. Es hat aber nichts geholfen. Sie hat Anträge eingebracht, im Haushalt des Polizeiministers Gelder für neue Polizeichefs einzusetzen, 60% Millionen dem Haushalt für die Kriegslasten zu bewilligen und Hindenburg eine Gehaltserhöhung vor 10 Prozent zu geben. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß sie den letzten Antrag offiziell durch einen anderen ersetzen, in dem die Gehaltserhöhung für Hindenburg fehlt. Auch das hat nichts geholfen. Sie hielt Reden, die sich in nichts von denen der SPD, und der bürgerlichen unterschieden. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß das Polbüro der KPD, hat sogar besondere Überwachung der Parlamentsreden angeordnet. Aber auch das hat natürlich nichts geholfen.“

Die Komintern revidiert sich

Ein durchsichtiges Betrugsmanöver.
Wie vom Himmel gefallen erschien plötzlich in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni ein Artikel, vom General der Roten Frontkämpfer, Ernst Thälmann gezeichnet, unter der Anschrift: „Über die Taktik der KP. Polens.“ Derselbe Artikel erschien zum erstenmal schon am 30. Mai in der Moskauer „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in welcher Eigenschaft, als Person oder als Strohmännchen der Komintern Ernst Thälmann auftritt, ist aus dem angeführten Artikel nicht zu ersehen. Doch die Tatsache, daß der Artikel sowohl in dem offiziellen Zentralorgan der RKP, als auch in dem offiziellen Zentralorgan der KPD, erschienen und dabei eine redaktionelle Bemerkung, daß der Artikel Thälmanns ein eingedankter Diskussionsartikel ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß die in dem Artikel des Vorsitzenden des RFB, eingetragene kritische Haltung bezüglich der Einstellung der KP. Polens während der letzten Meierereise in Polen einen offiziellen Kominterncharakter trägt. Aus dieser Erwägung sind wir gezwungen, diesen Artikel über die Taktik der KP. Polens einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Denn es ist tatsächlich etwas Ungewöhnliches, daß jetzt die Komintern gegen eine Sektion auftritt, die seit der letzten Erklärung eine getreue Stalinslinie in ihrer gesamten bisherigen Politik aufgezeigt hat. Zweitens, was in diesem Falle besonders auffallend ist, daß die Komintern erst am 30. Mai öffentlich Stellung gegen die bisherige taktische Haltung der KP. Polens während des Staatsreiches genommen hat. Aber noch mehr muß einen Kenner der polnischen Verhältnisse diese überraschende Schwankung der Komintern, wahlgeheim aber nun gegenüber einer einzigen Sektion, stutzig machen, daß doch schon im April ein das Zentralkomitee der KP. Polens zu den todben Hinterkullens-kämpfen zwischen dem Rechts- und Linksblock, die Einstellung der KP. Polens festgelegt hat. Und in den Thesen des Zentralkomitees der KP. Polens wird eben als Hauptgedanke ausgesprochen, man müsse auf die Führer des Linksblocks, auf die Pilsudskiliste seitens der Masse Druck ausüben lassen, um dadurch die Führer zu zwingen, eine Politik im „Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen“ durchzuführen. Eine Einstellung, die in allen Sektionen der Komintern gegenüber; Bewegungen der reformistischen Arbeitermassen und des Kleinbürgerturns und gab es nicht. Die Komintern sich reflexiv spät überlegt hat, gegenüber der angeblich „antibolschewistischen“ Taktik der KP. Polens Einspruch zu erheben, läßt schon zur Genüge erkennen, daß hier kein reines Spiel getrieben wird. Denn innerhalb muß mindestens von einer zentralen Leitung, das Exekutivkomitee der Komintern, die den Anspruch, die Vertreter der echt bolschewistischen Linie zu sein, erhebt, zu erwarten sein, daß sie die Zentralkomitee der entsprechenden Sektionen zur Genüge über die einzig richtige bolschewistische Linie belehrt. Und insbesondere bei einer solchen ernstesten Situation wie sie infolge des Staatsreiches Pilsudskis entstand. „Soll diese Tatsache des Versagens der Exekutive der Komintern, die über genügend Zeit zum Nachdenken verfügen, um die seit Anfang April feststehende Linie der KP. Polens zu korrigieren, festsetzen, so kann man sich ein Bild ausmachen, auf welches Niveau jetzt die 3. Internationale gesunken ist. Es ist dies auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Prinzipienlosigkeit und Aushungstendenzen der 3. Internationale.“

Die KPD für Hindenburg und Seydewitz

Das in Hannover erscheinende Mitteilungsblatt der KPD, Opposition (Linke KPD) Nr. 12 vom 5. Juni bringt unter der Überschrift „Sumpfböden“ einen Artikel über die Politik der KPD im Reichstag und über ihre Doppelzügeligkeit. Seiner zuten Sachkenntnis und des Quellenmaterials wegen geben wir hier den Artikel wieder:
„Die kommunistische Reichstagsfraktion ist wegen ihrer Sumpfbödenheit beim Mißtrauensantrag gegen Kütz gerügt worden. Es hat aber nichts geholfen. Sie hat Anträge eingebracht, im Haushalt des Polizeiministers Gelder für neue Polizeichefs einzusetzen, 60% Millionen dem Haushalt für die Kriegslasten zu bewilligen und Hindenburg eine Gehaltserhöhung vor 10 Prozent zu geben. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß sie den letzten Antrag offiziell durch einen anderen ersetzen, in dem die Gehaltserhöhung für Hindenburg fehlt. Auch das hat nichts geholfen. Sie hielt Reden, die sich in nichts von denen der SPD, und der bürgerlichen unterschieden. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß das Polbüro der KPD, hat sogar besondere Überwachung der Parlamentsreden angeordnet. Aber auch das hat natürlich nichts geholfen.“

Die Komintern revidiert sich

Ein durchsichtiges Betrugsmanöver.
Wie vom Himmel gefallen erschien plötzlich in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni ein Artikel, vom General der Roten Frontkämpfer, Ernst Thälmann gezeichnet, unter der Anschrift: „Über die Taktik der KP. Polens.“ Derselbe Artikel erschien zum erstenmal schon am 30. Mai in der Moskauer „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in welcher Eigenschaft, als Person oder als Strohmännchen der Komintern Ernst Thälmann auftritt, ist aus dem angeführten Artikel nicht zu ersehen. Doch die Tatsache, daß der Artikel sowohl in dem offiziellen Zentralorgan der RKP, als auch in dem offiziellen Zentralorgan der KPD, erschienen und dabei eine redaktionelle Bemerkung, daß der Artikel Thälmanns ein eingedankter Diskussionsartikel ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß die in dem Artikel des Vorsitzenden des RFB, eingetragene kritische Haltung bezüglich der Einstellung der KP. Polens während der letzten Meierereise in Polen einen offiziellen Kominterncharakter trägt. Aus dieser Erwägung sind wir gezwungen, diesen Artikel über die Taktik der KP. Polens einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Denn es ist tatsächlich etwas Ungewöhnliches, daß jetzt die Komintern gegen eine Sektion auftritt, die seit der letzten Erklärung eine getreue Stalinslinie in ihrer gesamten bisherigen Politik aufgezeigt hat. Zweitens, was in diesem Falle besonders auffallend ist, daß die Komintern erst am 30. Mai öffentlich Stellung gegen die bisherige taktische Haltung der KP. Polens während des Staatsreiches genommen hat. Aber noch mehr muß einen Kenner der polnischen Verhältnisse diese überraschende Schwankung der Komintern, wahlgeheim aber nun gegenüber einer einzigen Sektion, stutzig machen, daß doch schon im April ein das Zentralkomitee der KP. Polens zu den todben Hinterkullens-kämpfen zwischen dem Rechts- und Linksblock, die Einstellung der KP. Polens festgelegt hat. Und in den Thesen des Zentralkomitees der KP. Polens wird eben als Hauptgedanke ausgesprochen, man müsse auf die Führer des Linksblocks, auf die Pilsudskiliste seitens der Masse Druck ausüben lassen, um dadurch die Führer zu zwingen, eine Politik im „Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen“ durchzuführen. Eine Einstellung, die in allen Sektionen der Komintern gegenüber; Bewegungen der reformistischen Arbeitermassen und des Kleinbürgerturns und gab es nicht. Die Komintern sich reflexiv spät überlegt hat, gegenüber der angeblich „antibolschewistischen“ Taktik der KP. Polens Einspruch zu erheben, läßt schon zur Genüge erkennen, daß hier kein reines Spiel getrieben wird. Denn innerhalb muß mindestens von einer zentralen Leitung, das Exekutivkomitee der Komintern, die den Anspruch, die Vertreter der echt bolschewistischen Linie zu sein, erhebt, zu erwarten sein, daß sie die Zentralkomitee der entsprechenden Sektionen zur Genüge über die einzig richtige bolschewistische Linie belehrt. Und insbesondere bei einer solchen ernstesten Situation wie sie infolge des Staatsreiches Pilsudskis entstand. „Soll diese Tatsache des Versagens der Exekutive der Komintern, die über genügend Zeit zum Nachdenken verfügen, um die seit Anfang April feststehende Linie der KP. Polens zu korrigieren, festsetzen, so kann man sich ein Bild ausmachen, auf welches Niveau jetzt die 3. Internationale gesunken ist. Es ist dies auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Prinzipienlosigkeit und Aushungstendenzen der 3. Internationale.“

Die KPD für Hindenburg und Seydewitz

Das in Hannover erscheinende Mitteilungsblatt der KPD, Opposition (Linke KPD) Nr. 12 vom 5. Juni bringt unter der Überschrift „Sumpfböden“ einen Artikel über die Politik der KPD im Reichstag und über ihre Doppelzügeligkeit. Seiner zuten Sachkenntnis und des Quellenmaterials wegen geben wir hier den Artikel wieder:
„Die kommunistische Reichstagsfraktion ist wegen ihrer Sumpfbödenheit beim Mißtrauensantrag gegen Kütz gerügt worden. Es hat aber nichts geholfen. Sie hat Anträge eingebracht, im Haushalt des Polizeiministers Gelder für neue Polizeichefs einzusetzen, 60% Millionen dem Haushalt für die Kriegslasten zu bewilligen und Hindenburg eine Gehaltserhöhung vor 10 Prozent zu geben. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß sie den letzten Antrag offiziell durch einen anderen ersetzen, in dem die Gehaltserhöhung für Hindenburg fehlt. Auch das hat nichts geholfen. Sie hielt Reden, die sich in nichts von denen der SPD, und der bürgerlichen unterschieden. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß das Polbüro der KPD, hat sogar besondere Überwachung der Parlamentsreden angeordnet. Aber auch das hat natürlich nichts geholfen.“

Die Komintern revidiert sich

Ein durchsichtiges Betrugsmanöver.
Wie vom Himmel gefallen erschien plötzlich in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni ein Artikel, vom General der Roten Frontkämpfer, Ernst Thälmann gezeichnet, unter der Anschrift: „Über die Taktik der KP. Polens.“ Derselbe Artikel erschien zum erstenmal schon am 30. Mai in der Moskauer „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in welcher Eigenschaft, als Person oder als Strohmännchen der Komintern Ernst Thälmann auftritt, ist aus dem angeführten Artikel nicht zu ersehen. Doch die Tatsache, daß der Artikel sowohl in dem offiziellen Zentralorgan der RKP, als auch in dem offiziellen Zentralorgan der KPD, erschienen und dabei eine redaktionelle Bemerkung, daß der Artikel Thälmanns ein eingedankter Diskussionsartikel ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß die in dem Artikel des Vorsitzenden des RFB, eingetragene kritische Haltung bezüglich der Einstellung der KP. Polens während der letzten Meierereise in Polen einen offiziellen Kominterncharakter trägt. Aus dieser Erwägung sind wir gezwungen, diesen Artikel über die Taktik der KP. Polens einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Denn es ist tatsächlich etwas Ungewöhnliches, daß jetzt die Komintern gegen eine Sektion auftritt, die seit der letzten Erklärung eine getreue Stalinslinie in ihrer gesamten bisherigen Politik aufgezeigt hat. Zweitens, was in diesem Falle besonders auffallend ist, daß die Komintern erst am 30. Mai öffentlich Stellung gegen die bisherige taktische Haltung der KP. Polens während des Staatsreiches genommen hat. Aber noch mehr muß einen Kenner der polnischen Verhältnisse diese überraschende Schwankung der Komintern, wahlgeheim aber nun gegenüber einer einzigen Sektion, stutzig machen, daß doch schon im April ein das Zentralkomitee der KP. Polens zu den todben Hinterkullens-kämpfen zwischen dem Rechts- und Linksblock, die Einstellung der KP. Polens festgelegt hat. Und in den Thesen des Zentralkomitees der KP. Polens wird eben als Hauptgedanke ausgesprochen, man müsse auf die Führer des Linksblocks, auf die Pilsudskiliste seitens der Masse Druck ausüben lassen, um dadurch die Führer zu zwingen, eine Politik im „Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen“ durchzuführen. Eine Einstellung, die in allen Sektionen der Komintern gegenüber; Bewegungen der reformistischen Arbeitermassen und des Kleinbürgerturns und gab es nicht. Die Komintern sich reflexiv spät überlegt hat, gegenüber der angeblich „antibolschewistischen“ Taktik der KP. Polens Einspruch zu erheben, läßt schon zur Genüge erkennen, daß hier kein reines Spiel getrieben wird. Denn innerhalb muß mindestens von einer zentralen Leitung, das Exekutivkomitee der Komintern, die den Anspruch, die Vertreter der echt bolschewistischen Linie zu sein, erhebt, zu erwarten sein, daß sie die Zentralkomitee der entsprechenden Sektionen zur Genüge über die einzig richtige bolschewistische Linie belehrt. Und insbesondere bei einer solchen ernstesten Situation wie sie infolge des Staatsreiches Pilsudskis entstand. „Soll diese Tatsache des Versagens der Exekutive der Komintern, die über genügend Zeit zum Nachdenken verfügen, um die seit Anfang April feststehende Linie der KP. Polens zu korrigieren, festsetzen, so kann man sich ein Bild ausmachen, auf welches Niveau jetzt die 3. Internationale gesunken ist. Es ist dies auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Prinzipienlosigkeit und Aushungstendenzen der 3. Internationale.“

Die KPD für Hindenburg und Seydewitz

Das in Hannover erscheinende Mitteilungsblatt der KPD, Opposition (Linke KPD) Nr. 12 vom 5. Juni bringt unter der Überschrift „Sumpfböden“ einen Artikel über die Politik der KPD im Reichstag und über ihre Doppelzügeligkeit. Seiner zuten Sachkenntnis und des Quellenmaterials wegen geben wir hier den Artikel wieder:
„Die kommunistische Reichstagsfraktion ist wegen ihrer Sumpfbödenheit beim Mißtrauensantrag gegen Kütz gerügt worden. Es hat aber nichts geholfen. Sie hat Anträge eingebracht, im Haushalt des Polizeiministers Gelder für neue Polizeichefs einzusetzen, 60% Millionen dem Haushalt für die Kriegslasten zu bewilligen und Hindenburg eine Gehaltserhöhung vor 10 Prozent zu geben. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß sie den letzten Antrag offiziell durch einen anderen ersetzen, in dem die Gehaltserhöhung für Hindenburg fehlt. Auch das hat nichts geholfen. Sie hielt Reden, die sich in nichts von denen der SPD, und der bürgerlichen unterschieden. Sie ist auch dafür gerügt worden, daß das Polbüro der KPD, hat sogar besondere Überwachung der Parlamentsreden angeordnet. Aber auch das hat natürlich nichts geholfen.“

Die Komintern revidiert sich

Ein durchsichtiges Betrugsmanöver.
Wie vom Himmel gefallen erschien plötzlich in der „Roten Fahne“ vom 3. Juni ein Artikel, vom General der Roten Frontkämpfer, Ernst Thälmann gezeichnet, unter der Anschrift: „Über die Taktik der KP. Polens.“ Derselbe Artikel erschien zum erstenmal schon am 30. Mai in der Moskauer „Pravda“, dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, in welcher Eigenschaft, als Person oder als Strohmännchen der Komintern Ernst Thälmann auftritt, ist aus dem angeführten Artikel nicht zu ersehen. Doch die Tatsache, daß der Artikel sowohl in dem offiziellen Zentralorgan der RKP, als auch in dem offiziellen Zentralorgan der KPD, erschienen und dabei eine redaktionelle Bemerkung, daß der Artikel Thälmanns ein eingedankter Diskussionsartikel ist, läßt unzweifelhaft erkennen, daß die in dem Artikel des Vorsitzenden des RFB, eingetragene kritische Haltung bezüglich der Einstellung der KP. Polens während der letzten Meierereise in Polen einen offiziellen Kominterncharakter trägt. Aus dieser Erwägung sind wir gezwungen, diesen Artikel über die Taktik der KP. Polens einer näheren Untersuchung zu unterziehen. Denn es ist tatsächlich etwas Ungewöhnliches, daß jetzt die Komintern gegen eine Sektion auftritt, die seit der letzten Erklärung eine getreue Stalinslinie in ihrer gesamten bisherigen Politik aufgezeigt hat. Zweitens, was in diesem Falle besonders auffallend ist, daß die Komintern erst am 30. Mai öffentlich Stellung gegen die bisherige taktische Haltung der KP. Polens während des Staatsreiches genommen hat. Aber noch mehr muß einen Kenner der polnischen Verhältnisse diese überraschende Schwankung der Komintern, wahlgeheim aber nun gegenüber einer einzigen Sektion, stutzig machen, daß doch schon im April ein das Zentralkomitee der KP. Polens zu den todben Hinterkullens-kämpfen zwischen dem Rechts- und Linksblock, die Einstellung der KP. Polens festgelegt hat. Und in den Thesen des Zentralkomitees der KP. Polens wird eben als Hauptgedanke ausgesprochen, man müsse auf die Führer des Linksblocks, auf die Pilsudskiliste seitens der Masse Druck ausüben lassen, um dadurch die Führer zu zwingen, eine Politik im „Interesse der Arbeiter- und Bauernmassen“ durchzuführen. Eine Einstellung, die in allen Sektionen der Komintern gegenüber; Bewegungen der reformistischen Arbeitermassen und des Kleinbürgerturns und gab es nicht. Die Komintern sich reflexiv spät überlegt hat, gegenüber der angeblich „antibolschewistischen“ Taktik der KP. Polens Einspruch zu erheben, läßt schon zur Genüge erkennen, daß hier kein reines Spiel getrieben wird. Denn innerhalb muß mindestens von einer zentralen Leitung, das Exekutivkomitee der Komintern, die den Anspruch, die Vertreter der echt bolschewistischen Linie zu sein, erhebt, zu erwarten sein, daß sie die Zentralkomitee der entsprechenden Sektionen zur Genüge über die einzig richtige bolschewistische Linie belehrt. Und insbesondere bei einer solchen ernstesten Situation wie sie infolge des Staatsreiches Pilsudskis entstand. „Soll diese Tatsache des Versagens der Exekutive der Komintern, die über genügend Zeit zum Nachdenken verfügen, um die seit Anfang April feststehende Linie der KP. Polens zu korrigieren, festsetzen, so kann man sich ein Bild ausmachen, auf welches Niveau jetzt die 3. Internationale gesunken ist. Es ist dies auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Prinzipienlosigkeit und Aushungstendenzen der 3. Internationale.“

Der 100prozentige Gewerkschaftsinn

Um die Mitteln der KPD, an der Niederlage des Massenstreiks zu verschleiern, hat Moskau einen Satz von Thesen...

Die Arbeiter werden künftige Niederlagen nur dann vermeiden können, wenn sie in organisierter Form die rechten Führer bekämpfen.

Der 'Vorwärts' der die Erfahrung mit der 100prozentigen Gewerkschaftsorganisation nicht ganz verschweigen kann...

Wirtschaftliche Verschlechterung am Arbeitsmarkt

Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt haben sich auch in der ersten Juniwoche, nach den Berichten der Landesarbeitsämter...

Die Zahl der Erwerbslosen etwas zurückgegangen. In den Industriebezirken Niederschlesien, Provinz Sachsen, Rheinland...

Die Folgen der Rationalisierung

Das Landesarbeitsamt in Münster berichtet: Aus den verschiedensten Gründen muß man damit rechnen...

Was hier sämtlich nicht mehr verschwiegen werden kann, suchen wir noch Sozialdemokratie und Gewerkschaften in das Gegenteil umzubiegen.

Stillelegung im Oelsnitzer Kohlengebiet

Im Oelsnitzer Kohlengebiet hat die schlechte Lage des sächsischen Steinkohlenbergbaus zur Stilllegung der Abteilung Helene-Ida der Gewerkschaft Deutschland geführt.

Stillelegung der schlesischen Plastersteinindustrie

Der größte Teil der ober-schlesischen Plastersteinwerke hat beim Oberpräsidenten die sofortige Stilllegung beantragt.

Einschränkung bei den Deutschen Kraftfahrzeugwerken

Am 26. Juni wird die Aufsichtsratsitzung 'Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen' recht großen Umfangs beschließen.

Krise in der französischen Werftindustrie

Der bekannte französische Wirtschaftspolitiker Prof. Auguste Pawlowski befaßt sich in der 'Information Financière' eingehend mit den Ursachen der französischen Schiffbaukrise...

Rationalisierung in Amerika

Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika beginnt sich bemerkbar zu machen, was in Europa schon angefangen ist.

Jugendbewegung Die KJ auf dem Marsch zur SAJ

Vor 6 Jahren betrug die Zentrale der Freien sozialistischen Jugend, entgegen den Reichskonferenzbeschlüssen, den Ausschluß aller auf dem Boden der KAPD stehenden Jugendgenossen...

Table with 2 columns: Duizend Wert in Dollar, and 2 rows of data for various items like Rasierapparate, Rasierklippen, Scheren, etc.

Der Gesamtwert der Monatsausfuhr betrug also 1739 073 Dollar. Der Wert der exportierten Rasierklippen und Rasierapparate ist hierin mit 1.540 205 Dollar, also mit ungefähr 90 Prozent enthalten.

Konjunkturschwung in U.S.A.

Ueber den Rückgang der Automobil- und Textilindustrie und über die Sättigung des Marktes einiger anderen Industrien haben wir wiederholt berichtet.

Konkurs im U.S.A.-Detailhandel

Die R. A. Filcher Co., deren Hauptsitz sich in New York befindet, und die in den Pazifikstaaten der Union 16 Warenhäuser und eine Anzahl Konfektionsgeschäfte unterhält...

Steigende Arbeitslosigkeit in England

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 31. Mai 1614 200. Dies bedeutet gegenüber der Vorwoche eine Vermehrung um 16 211. In dieser Zahl sind die Bekleidungsarbeiter nicht eingeschlossen.

Rußlands Außenhandel

Table with 4 columns: Export, Import, Gesamtumsatz, Bilanz, and 2 rows of data for different periods.

Wie aus den angeführten Ziffern zu ersehen ist, ist parallel mit dem Steigen des Umsatzes des Außenhandels eine allmähliche Umwandlung der aktiven Handelsbilanz in eine passive zu beobachten.

Rückgang der Kohlenförderung im Donetzrevier

Die Kohlenförderung im Donetzrevier beläuft sich im Mai auf 63,6 Mill. Pud (91,4 Prozent des Produktionsprogramms).

Die Kontrolle aufgehoben

Das Ratskomitee für Oesterreich hat beschlossen, den Posten der General-Kommissars für die Finanzkontrolle des Völkerbundes in Oesterreich Ende dieses Monats endgültig zurückzugeben...

Ungarn

Das Ratskomitee für Ungarn hat sich gegen die vollkommene Abschaffung der Finanzkontrolle des Völkerbundes in Ungarn ausgesprochen.

Österreich

In Oesterreich hat die Sozialdemokratie nach Noskeschem System die revolutionäre Bewegung und den Rest in die gewerkschaftliche Hürde getrieben.

Was tut die Opposition?

Die 'Masse' der Opposition? Die 'Masse' der Opposition? Die 'Masse' der Opposition?

Die bisherige Starrheit der Organisation auf dem Gebiete der Arbeitsmethoden muß aufhören. Dem Verlangen (?) der Arbeiter nach Unterhaltung, allgemeinem Wissen und Abwechslung muß Rechnung getragen werden.

Die parlamentarischen Parteien stehen wieder einmal vor einem 'Großkampf'. Am 20. Juni soll eine große entscheidende Schlacht gewonnen werden.

Die Parole des revolutionären Proletariats!

Die KPD ist eben das Opfer ihrer von Moskau vorgeschriebenen Burgfriedenspolitik mit dem Kapital.

'Moskau wird helfen!'

Einem längeren Artikel des Mittelungsblattes der KPD-Opposition (Katz-Gruppe) Nr. 13 entnehmen wir folgenden Aussatz:

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

Die Entwicklung dieser Entzweiungskampagne bis zu dem heutigen Stand zeigt dem Proletariat aber außerdem, daß selbst, wenn die nötigen Ja-Zettel aufgebracht werden, das Proletariat vor demselben Problem des Machtkampfes stehen würde, wie zuvor.

7. Jahrg. Nr. 47

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. - Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. - Inserate werden nicht angenommen.

Juni 1926

Alle Zahlungen auf Postnachkonto: Berlin NW 7, Nr. 6929 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantower Platz 19)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbjahrespreis 1,20 M., Jahrespreis 2,40 M., Einzelheft 20 Pfennig. Zahlung bis 1. Belegungswoche 20. jeden Monats.

Nieder mit dem Kapitalismus

Die Parole des revolutionären Proletariats!

Die parlamentarischen Parteien stehen wieder einmal vor einem 'Großkampf'. Am 20. Juni soll eine große entscheidende Schlacht gewonnen werden.

Die KPD ist eben das Opfer ihrer von Moskau vorgeschriebenen Burgfriedenspolitik mit dem Kapital.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. - Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. - Inserate werden nicht angenommen.

Juni 1926

Alle Zahlungen auf Postnachkonto: Berlin NW 7, Nr. 6929 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lantower Platz 19)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbjahrespreis 1,20 M., Jahrespreis 2,40 M., Einzelheft 20 Pfennig. Zahlung bis 1. Belegungswoche 20. jeden Monats.

Nieder mit dem Kapitalismus

Die Parole des revolutionären Proletariats!

Die parlamentarischen Parteien stehen wieder einmal vor einem 'Großkampf'. Am 20. Juni soll eine große entscheidende Schlacht gewonnen werden.

Die KPD ist eben das Opfer ihrer von Moskau vorgeschriebenen Burgfriedenspolitik mit dem Kapital.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind sich deshalb vollkommen darüber klar, daß die Frage der 'Entschädigung' schon gar nicht mehr auf der Tagesordnung steht.